

Änderungsbeschluss Nr. 1

1. Anordnung

Im Flurbereinigungsverfahren UF 1833 Beselich-Heckholzhausen B 49, Landkreis Limburg-Weilburg, wird gemäß des § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), in der jeweils geltenden Fassung, der Beschluss des Hessischen Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation - Obere Flurbereinigungsbehörde - vom 06.07.2009 (St. Anz. 30/2009 S. 1666 -1667) wie folgt geändert:

2. Flurbereinigungsgebiet

2.1 Zum Flurbereinigungsverfahren werden die nachfolgend genannten Grundstücke zugezogen:

Gemarkung	Flur	Flurstück/e
Heckholzhausen	1	187/1
Heckholzhausen	2	322, 357
Schupbach	11	6/1, 7/2
Schupbach	13	2
Gaudernbach	3	8/1, 33
Gaudernbach	19	1/2, 2, 3/2, 3/4, 44

2.2 Vom Flurbereinigungsverfahren werden die nachfolgend genannten Grundstücke ausgeschlossen:

Gemarkung	Flur	Flurstück/e
Heckholzhausen	1	16, 22/1, 220, 221
Heckholzhausen	3	211
Heckholzhausen	4	74
Schupbach	13	6
Gaudernbach	3	7/2, 35

2.3 Durch die vorgenannten Änderungen vergrößert sich die Fläche des Flurbereinigungsgebietes von rund 415 ha auf rund 421 ha.

Die geänderten Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind in einer Gebietsübersichtskarte im Maßstab 1: 5.000 (**Anlage 1**) kenntlich gemacht.

Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Teilnehmergeinschaft

Änderungen in der Bezeichnung und im Sitz der Teilnehmergeinschaft sowie in der Zahl der Vorstandsmitglieder treten durch diesen Änderungsbeschluss nicht ein.

4. Beteiligte

Am Flurbereinigungsverfahren sind nach § 10 FlurbG beteiligt (Beteiligte):

1. Als **Teilnehmer** die Eigentümer und Erbbauberechtigten der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke.
2. Als **Nebenbeteiligte**:
 - Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden;
 - andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Land für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen erhalten oder deren Grenzen geändert werden;
 - Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängt;
 - Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken;
 - Empfänger neuer Grundstücke bis zum Eintritt des neuen Rechtszustandes;
 - Eigentümer von nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken, denen ein Beitrag zu den Unterhaltungs- oder Ausführungskosten auferlegt wird oder die zur Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes mitzuwirken haben.

5. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Änderungsbeschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, Amt für Bodenmanagement Limburg a. d. Lahn, Berner Straße 11, 65552 Limburg a. d. Lahn, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristenablaufs ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums

Nach § 34 bzw. § 85 FlurbG ist ab der Bekanntgabe dieses Beschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde erforderlich, wenn

- a) die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen; die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- d) Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben.

Die Flurbereinigungsbehörde kann nach § 137 FlurbG den früheren Zustand wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Die Genehmigungspflicht für die o. g. Maßnahmen aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

7. Veröffentlichung, Auslegung

Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Beselich, der Stadt Weilburg, der Stadt Runkel, der Stadt Limburg, der Stadt Hadamar, der Gemeinde Waldbrunn, der Gemeinde Merenberg, der Gemeinde Löhnberg, der Stadt Braunfels, der Gemeinde Weilmünster und der Gemeinde Weinbach öffentlich bekannt gemacht.

Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietsübersichtskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten ausgelegt. Die Auslegung erfolgt für die Dauer von zwei Wochen (§ 6 Abs. 3 FlurbG) nach der öffentlichen Bekanntmachung bei den o. g. Kommunen während der allgemeinen Öffnungszeiten.

Gründe

Für die Zuziehung der Grundstücke in Ziffer 2.1

1. Die aufgeführten Grundstücke in der Flur 19 (Flurstücke 1/2, 2, 3/2, 3/4) der Gemarkung Gaudernbach werden dem Flurbereinigungsverfahren UF 1833 Beselich – Heckholzhausen B 49 aus Gründen der Neuabgrenzung des Flurstückes der L 3322 (Gemarkung Gaudernbach Flur 19 Flurstück 11) zugezogen.

Der tatsächliche Verlauf der L 3322 weicht nach dem Ausbau von dem im Liegenschaftskataster ausgewiesenen Straßenflurstück ab. Im Kurvenbereich verläuft die L 3322 fast vollständig außerhalb des Flurstücks 11 der Flur 19. Ziel des Flurbereinigungsverfahrens ist die Herbeiführung der Übereinstimmung der Nutzung und des Eigentums. Damit einhergehend ist eine Anpassung des Katasternachweises notwendig.

Außerdem befindet sich das Flurstück 1/2 Flur 19 bereits in landwirtschaftlicher Nutzung und dient nicht mehr als Wegeparzelle.

2. Die Zuziehung der außerdem unter 2.1 aufgeführten Grundstücke in den Gemarkungen Heckholzhausen, Schubbach und Gaudernbach dient der Berichtigung des Beschlusses vom 06. Juli 2009, in dem diese Flurstücke zwar in der Karte dargestellt aber nicht in der Anlage 1 zum Beschluss aufgeführt sind.

Diese Flurstücke werden für die Erreichung der Ziele des Flurbereinigungsverfahrens benötigt.

Die Flurstücke Nr. 322 und 357 der Flur 2 in der Gemarkung Heckholzhausen liegen im Bereich der alten Trasse der B 49, die zurück gebaut wird. Daher besteht ein Neuordnungsbedarf für diese Flurstücke.

Die Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück/e
Heckholzhausen	1	187
Schupbach	11	7/2
Schupbach	13	2
Gaudernbach	3	33

sind vollständig vom Flurbereinigungsverfahrensgebiet umschlossen. Zur Erreichung der Ziele des Flurbereinigungsverfahrens ist eine Zuziehung dieser Enklaven zum Flurbereinigungsverfahren notwendig.

Die Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück/e
Schupbach	11	6/1
Gaudernbach	3	8/1
Gaudernbach	19	44

sind zur zweckmäßigen Abgrenzung des Flurbereinigungsverfahrens hinzuzuziehen.

Für die Ausschließung der Grundstücke in Ziffer 2.2.

Die aufgeführten Grundstücke in der Flur 1, 3 und 4 der Gemarkung Heckholzhausen, der Flur 13 in der Gemarkung Schupbach und der Flur 3 in der Gemarkung Gaudernbach werden aus dem Flurbereinigungsverfahren UF 1833 Beselich – Heckholzhausen B 49 ausgeschlossen. Diese Flurstücke werden für die Erreichung der Ziele des Flurbereinigungsverfahrens nicht benötigt, da eine Neugestaltung dieser Bereiche nicht geplant ist.

Mit dem Ausschluss dieser Flurstücke wird der Flurbereinigungsbeschluss vom 06. Juli 2009 berichtigt, in diesem wurden die unter 2.2 genannten Flurstücke zwar in der Anlage 1 aufgeführt aber nicht in der Karte dargestellt.

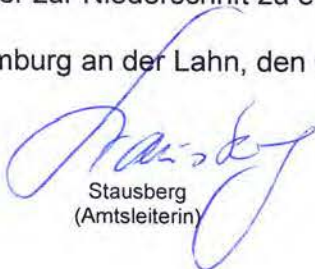
RECHTSBEHELFSBELEHRUNG

Gegen diesen Änderungsbeschluss kann innerhalb eines Monats Widerspruch bei der Flurbereinigungsbehörde beim Amt für Bodenmanagement Limburg an der Lahn, Berner Straße 11 in 65552 Limburg an der Lahn erhoben werden.

Die Erhebung des Widerspruchs ist innerhalb vorgenannter Frist auch bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde, dem Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Scharperstraße 16 in 65195 Wiesbaden, möglich.

Der Lauf der Frist beginnt mit dem 1. Tag der Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben.

Limburg an der Lahn, den 06. Juni 2014


Stausberg
(Amtsleiterin)

